

SPD Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

Verlag und Redaktion:
Hannover, Georgstr. 33

1/68

Hannover, 22. August 1947
Telefon 20951/52

Das Ende des Pazifismus?

K.W. Zu den grossen Unterschieden, die die Nachkriegsjahre nach 1918 und nach 1947 kennzeichnen, gehört die sehr verschiedene Haltung gegenüber den Fragen von Krieg und Frieden. Damals beherrschte ein ehrlicher, leidenschaftlicher Pazifismus das deutsche Volk, besonders auch die deutsche Jugend. Von der Dichtung und den Rampen der Bühnen strömten die aufrichtigen und aufgewühlten Bekenntnisse, sich ein für alle Mal dem Geist des Krieges zu versagen. Es war ein aktiver Glaube und ein aktiver Wille vorhanden, alle Wege der Menschheit zu beschreiten, wenn sie nur nicht zu Kriegen führten.

Heute hat der grössere, furchtbarere und entsetzlichere Krieg von 1939/45 diese Leidenschaft der Gefühle nicht gezeugt. Zwar drängen die Lebenden zum Frieden, natürlich wollen die Überlebenden keinen Krieg, und alle Bemühungen der offiziellen Politik gelten dem Frieden. Die grausige Erfahrung der totalen Katastrophe haben Skepsis und quälendes Misserauen geboren. Die noch nicht dreissig Jahre alten Appelle an die Menschlichkeit haben sich als nutzlose Deklamation erwiesen. Die brutale Sprache der Wirklichkeiten hat die Idealismen tödlich einfrieren lassen. Eine Realpolitik der Welthälften hat die Realpolitik der Idee des Menschlichen überwältigt. Und in Deutschland spielt sich diese Auseinandersetzung der Welthälften mit diplomatischen, wirtschaftlichen und propagandistischen Mitteln ab. Fast zweieinhalb Jahre nach dem Waffenstillstand hat noch kein Land einen Friedensvertrag in der Staatsschatulle. Aber hinter allen Besprechungen und Konferenzen gewittert, kaschiert oder jetzt auch schon ausgesprochen, der Schatten eines neuen Krieges. Wo immer internationale Zusammenkünfte stattfinden - von keiner geht, und sei es auch nur in Gruppen, ein echter Hauch des Friedens aus. Die Freude, wenigstens in kleinen Affären zu Meinungsübereinstimmungen zu kommen, überwältigt den grossen Atem, der der grossen Vernichtung folgen müsste.

Den Pazifismus der gläubigen Hingabe an das Ideal des Friedens kann es in einem so grob verlängerten Waffenstillstand nicht geben. Er kommt nicht, wenn er nicht unbedingt gewollt wird. Niemals so wie nach diesem Kriege steht hinter den meisten Friedensbekundungen die Forderung: ja, aber erst wenn der letzte Feind niedergeschlagen ist. Der Friede von heute sucht nach dem Feind. Er sucht nicht nach dem Menschen. Er will die Alleinherrschaft einer Weltansicht. Und deshalb kommt er nicht.

Es ist klar, dass die Deutschen heute in dieser Auseinandersetzung wenig zu bestellen haben. Ihre Friedenssehnsucht ist die Sehnsucht nach Ordnung, Arbeit und Leben. Sie ist kein Politikum. Aber der Friede von heute, um den gerungen wird, wird mehr und mehr ein Politikum. Er ist nicht mehr der Friede schlechthin, sondern der Friede, wie ihn diese oder jene Macht sich vorstellt. So ist es nicht verwunderlich, dass in diesen Gefechten um den Frieden von Abrüstung und Waffenniederlegung überhaupt nicht die Rede ist. So ist es kein Wunder, dass Uniformen und Hähnen diesen Weg zum Frieden wie nie zuvor sämen. Und es ist gefährlich, dass dies alles hier in dem kriegsgeschwächten Europa und vor allem in dem demilitarisierten Deutschland geschieht. So sehr jedermann weiss, dass die Wehrmacht eine militärische Institution ist, so sehr müsste der deutschen Bevölkerung zum Bewusstsein gebracht werden, dass diese Art Militär nur die Schutztruppe der Zivilisation und nicht Selbstzweck ist. Dass die Friedensgesinnung von heute sich zu einer spontanen Reaktion und Besinnung auf die menschlichen Aufgaben des Menschen entwickelt - dies verändert bereits die gefahrenschwere Luft der internationalen Auseinandersetzungen nach diesem Kriege.

Als die Russen ihre patriotischen Filme wie den von Peter dem Grossen nach Deutschland brachten, schufen sie Vergleichsmöglichkeiten, die gefährlich waren. Und die Engländer weckten mit ihrem "Tattoo" auf dem olympischen Feld in Berlin militärische Erinnerungen, die noch grössere Gefahren in sich bergen. Wenn sie auch annehmen mögen, dass ihr "Tattoo" mit seinen sportlichen und militärischen Vorführungen im Gegensatz etwa zum deutschen "Zapfenstreich" nicht militaristischen Gefühlen Ausdruck gebe, so missverstehen sie die seelische Konstruktion des deutschen Volkes; in ihm sind die vielen Elemente noch nicht erstorben, die von der militärischen Schaustellung enthusiastisch, bereit sind, Vergleiche zu ziehen und dabei (mehr ohne Willen als mit Absicht) einer "verschundenen Frucht" Schutzraumern beginnen und militärische Überlegenheiten konstruieren, die selbstverständlich bedenklich sind.

kaum

1920 wäre eine solche militärische Schaustellung möglich gewesen. Da-
 als aber stand die Beseitigung des Militarismus nicht derart an erster
 Stelle auf dem Friedensprogramm wie heute. Damals gab es freilich eine
 echte Friedensbegeisterung, und die Welt glaubte, im Völkerbund ein
 Instrument für seine Friedensbereitschaft erwarten zu dürfen. Es stimmt,
 dass der Friede heute die harte, nüchterne Verständigung zwischen allen
 Partnern braucht. Aber der Friede, der die Instrumente des Krieges in
 das schuldig erklärte Land demonstrativ hineinträgt, muss einen Gesin-
 gungsweg unterbrechen oder gar beenden, zu dem nicht die schlechtesten
 Deutschen seit zwei Jahren mit aller Kraft und allem Ernst aufrufen. So
 ist es ein kluger Entschluss des Berliner Magistrats, die 20.000 Ein-
 trittskarten für die Berliner Schulkinder zum "Tattoo" abzulehnen. Die
 Bedeutung der Prozesse gegen den Krieg, den viele Militärgerichte Deut-
 schen gemacht haben, entwertet sich gefährlich, wenn nicht in Deutsch-
 land selbst seine prunkenden Schaustücke endgültig demontiert werden. Die
 Demontage ist die wichtigste und wahrhaft unerlässlich - soll nicht
 die Idee des Pazifismus ganz wieder untergehen. (b/B3a/198/2/he)

H.R. Seit einiger Zeit werden auch vereinzelt arbeitsfähige deutsche Kriegsgefangene aus Russland entlassen. Bisher war der Zug der Heimkehrer eine Demonstration körperlicher Entkräftigung, seelischer Depression und äusserster Verwahrlosung gewesen. Auch heute noch kehrt der weitaus grösste Teil der Kriegsgefangenen in diesem menschenunwürdigen Zustand zurück. Wenn sich nun unter ihnen in Zukunft Arbeitsfähige mit normalem Gesundheitszustand befinden, so ist das auf eine Änderung der russischen Entlassungsprinzipien im Zuge einer Neuordnung der Arbeitsverhältnisse deutscher Kriegsgefangener zurückzuführen.

Als nach dem Januar 1946 monatlich ärztliche Untersuchungen stattfanden, nach denen nur arbeitsunfähige Gefangene entlassen wurden, trat eine wesentliche Verschlechterung der Arbeitsleistung ein. Die Gefangenen arbeiteten nur noch bis zur Erfüllung ihrer unbedingt vorgeschriebenen Leistung. Dadurch fiel die Zusatzverpflegung fort und eine Verschlechterung des Gesundheitszustandes war die Folge.

Am 18. Juni 1947 ordnete ein Befehl von Stalin an, dass künftig nicht nur Arbeitsunfähige, sondern auch "Bestarbeiter" entlassen werden sollten. In dem Lager 213/3 wurden auf Grund dieses Befehls fünf der besten Arbeiter - die entbehrlich waren - entlassen. Nachdem diese fünf Kriegsgefangenen ein "Dankestelegramm" an Stalin und Molotow im Auftrage ihrer russischen Vorgesetzten geschickt hatten, mussten sie versprechen, sich in der Heimat für ein freies, einheitliches Deutschland einzusetzen. Sie erhielten vollständig neue Bekleidung.

Eine deutsche Kriegsgefangenenzeitung in Russland mit klar kommunistischer Tendenz im Sinne der SED forderte wiederholt die Nachahmung dieses Entlassungssystems, das letztlich auf dem bekannten russischen Prinzip beruht, öffentlich die Namen von "Helden der Arbeit" gegenüber böswilligen schlechten Arbeitern zu nennen und dadurch eine "freiwillige Erhöhung" der Arbeitsleistung zu erreichen. Diese Art der Arbeitsaufzweckung ist in der Wirtschaftsgeschichte Sowjetrusslands als "Stachanow-System" bekannt.

Wenn Kriegsgefangene mit der an sich geringen Aussicht auf Entlassung in dieses System gepresst werden, dann ist das eine Verhöhnung der primitivsten Ansprüche an Menschlichkeit, die einem politisch und wirtschaftlich rechtlosen Menschen gegenüber eingeräumt werden müssen. Wenn nämlich nur noch die "Übernorm-Arbeiter" Zusatzverpflegung erhalten und die Kranken öffentlich der Böswilligkeit beschuldigt werden, so bedeutet das den Totentanz für den grössten Teil der deutschen Kriegsgefangenen. Wem fühlen sich die SED-Schreiber der Kriegsgefangenenzeitungen in Russland verantwortlich, wenn sie auffordern: "Es darf keinen deutschen Kriegsgefangenen geben, der seine Arbeitsnorm nicht erfüllt"? Das ist die bittere Frage, die uns bewegt. Denn diese Aufforderung bedeutet, dass billige Arbeitskräfte erst noch gründlich ausgebeutet werden sollen, ehe sie dann doch unterernährt und entkräftet abgeschoben werden. Der "Bestarbeiter", mit der nach russischen Verhältnissen komfortablen "Reiseausrüstung", wird in der Masse der heimkehrenden Kriegsgefangenen nur die Rolle eines für uns Deutsche kläglichen und erbärmlichen Aushängeschildes spielen. (b/-/213/2/he)

stimmen aus Norwegen

"Konsequenzen für ganz Europa"

"Fast täglich melden die Telegramme von Hungersnot in grossen Teilen Europas, u.a. in Deutschland. Die Lage schafft enorme Schwierigkeiten für die alliierten Okkupationsbehörden, die sich zu gleicher Zeit darum bemühen, die Umschulung der Deutschen zur Demokratie zu fördern.

Es ist schwer zu verstehen, dass die Alliierten nicht genügend Hilfe bringen können. England und die Sowjetunion haben gewiss eigene Versorgungsschwierigkeiten, und die Vereinigten Staaten planen Hilfsmassnahmen. Aber in der Zwischenzeit verhungern die Menschen.

Wenn das so weitergeht, können sich furchtbare Konsequenzen ergeben - für ganz Europa. Können wir hier in Norwegen ruhig mit ansehen, was geschieht, ohne irgendetwas zu unternehmen? Nach dem vorigen Weltkrieg rettete unser Landsmann Fridtjof Nansen Millionen vor dem Hungertode. Sein Name verpflichtet uns.

..... Es ist nicht dagegen einzuwenden, dass man versucht, den Deutschen durch Unterricht und auf andere Weise demokratische Prinzipien beizubringen. Aber jetzt haben wir eine einzigartige Gelegenheit, ihnen Anschauungsunterricht in Demokratie zu erteilen, und das dürfte mindestens ebenso wirkungsvoll sein.

Das Land Fridtjof Nansens muss bei dieser Aktion vorangehen. Aber es eilt. Etwas muss sofort geschehen."

"Aftenposten", Oslo

Jubiläum der Norwegischen Arbeiterpartei

Die Norwegische Arbeiterpartei begeht am 31. August den 60. Jahrestag ihres Gründungskongresses, der 1887 in Arendal stattfand. Am Tage des Jubiläums wird ein grosser Aufmarsch in Oslo stattfinden, an dem starke Delegationen aus allen Teilen des Landes teilnehmen werden. Gleichzeitig wird in Oslo eine nordische Arbeiterkonferenz abgehalten, auf der die führenden Männer des skandinavischen Sozialismus sprechen werden. Der Feier in Oslo gehen Bezirksaufmärsche und Kundgebungen in Bergen und Dronheim voraus. Unmittelbar nach dem Jubiläum leitet die Norwegische Arbeiterpartei ihre Kampagne für die im Herbst stattfindenden Gemeindevahlen ein.

"War dies das Ziel?"

"Immer neue Meldungen sprechen von politischen Verschleppungen in Deutschland und Österreich. Menschen verschwinden und kommen nicht wieder. In Nacht und Nebel verschwinden sie. Aber Hitler hatte nicht recht, als er meinte, niemand spräche von denen, die man in aller Stille verschwinden liesse. Im Gegenteil: Die Unruhe wächst.

Immer mehr Menschen fragen sich: Aber war denn dies das Ziel? Haben wir für diese Zustände gekämpft? Hiess nicht das Schlagwort "Freiheit von Furcht"?"

"Dagbladet", Oslo

Sozialisierung - ein politisches Experiment? von Max Peters

General Clay hat kürzlich erklärt: Die gegenwärtigen Schwierigkeiten seien so gross, dass Experimente, wie sie etwa die Sozialisierung darstelle, nicht vor einer Besserung der allgemeinen Lage durchgeführt werden sollten. Dazu sei ein offenes Wort erlaubt.

Das hervorstechendste Merkmal in der Entwicklung der deutschen Wirtschaft während der letzten zwei Jahre war, dass wertvolle und rare Rohstoffe und Arbeitskräfte für minderwertige Produkte vergeudet worden sind. Die Initiative einzelner Unternehmer war gerichtet auf die Erzielung eines möglichst hohen Profites mit möglichst niedrigem Kosten- und Kraftaufwand. Das Interesse des einzelnen Unternehmers deckt sich aber nicht mit dem der Allgemeinheit. So wurden für die Allgemeinheit ziemlich wertlose Produkte hergestellt, während mit dem dafür vertanen Rohmaterial für die notleidenden Menschen und damit für die Allgemeinheit nützlichere Dinge hätten erzeugt werden können. Man denke an die wild ins Kraut geschossene sogenannte kunstgewerbliche Industrie, die mit Kunst nicht das Mindeste zu tun hat. Auf dem Lande und in den Städten sind in unzähligen Fällen mehr oder weniger unwichtige Gebäude ausgebaut worden, während aber tausende obdachlose Menschen in dumpfen Löchern hausen müssen.

Diese wenigen Beispiele mögen genügen, um zu erkennen, wohin die Initiative einzelner Unternehmer geführt hat. In einem gesunden Wirtschaftsorganismus mit einer stabilen Währung regelt die Konkurrenz und das Gesetz von Angebot und Nachfrage bis zu einem gewissen Grade selbst die Produktion. Aber im heutigen Deutschland ohne feste Währung und mit dem Mangel an Lebensmitteln, Rohstoffen und Facharbeitern muss die Produktion von einer zentralen Stelle aus sinnlos gelenkt werden, um nicht Rohstoffe und Arbeitskräfte zu vergeuden. Die von einem einseitigen Standpunkt aus erhobenen Vorwürfe der Unternehmer gegen die behördliche Lenkung der Wirtschaft sind mit Vorsicht aufzunehmen. Gewiss mögen hier und da bürokratische Missgriffe vorgekommen sein und noch täglich vorkommen. Aber in Wahrheit liegt die Ursache des Chaos unserer Wirtschaft nicht in einer zu strengen Lenkung als vielmehr in einer zu schwachen Regelung der Produktivkräfte.

Die Voraussetzung für eine notwendige und sinnvolle Lenkung der Produktion und der Verteilung der Produkte ist die Überführung der Grundstoffindustrie und der Energiewirtschaft in die Hand der Gemeinschaft. Es braucht sich hierbei durchaus nicht um Experimente zu handeln, deren Gelingen zweifelhaft ist. Die vorliegenden Erfahrungen in diesen Industriezweigen bieten durchaus die Gewähr, dass durch diese Sozialisierung die gesamte Wirtschaft nur gewinnen wird. Das Verschwinden von monatlich 150.000 t Kohle beispielsweise lässt sich in einem gemeinwirtschaftlich betriebenen Bergbau zweifellos leichter verhindern als in den privatkapitalistischen Unternehmungen. Auch die Kompensationsgeschäfte, soweit sie nicht zu umgehen sind, werden dem egoistischen Interesse einzelner Unternehmer entzogen. Und die Verteilung der Produkte gemeinwirtschaftlicher Unternehmungen wird ebenfalls gerechter und zweckmässiger erfolgen können, als wenn sie von dem privaten Unternehmer betrieben oder beeinflusst wird.

Abgesehen davon darf auch mit einer allgemeinen Steigerung der Produktivität in den gemeinwirtschaftlichen Betrieben gerechnet werden, da die Arbeiter nicht mehr das hemmende Gefühl haben, sich für einzelne

Kapitalisten zu quälen. Die Sozialisierung der Schlüsselindustrien ist nicht ein Experiment fanatischer Politiker. Sie ist eine eminent wirtschaftliche Angelegenheit. Sie bildet die unerlässliche Voraussetzung für den Aufbau und die Gesundung der deutschen Wirtschaft. Das ist die Auffassung unzähliger Menschen, auch soweit sie nicht zur unbedingten Anhängererschaft der sozialistischen Parteien gehören. In vielen Abstimmungen regionalen Charakters kam das ebenso zum Ausdruck wie in Ausführungen maßgebender, nichtsozialistischer Politiker, so zuletzt in denen Jakob Kaisers in Becklinghausen. (b/B72/228/1/he)

Deutsche Auswanderung nach den Dominions?

Nach einer Meldung des Londoner "Daily Express" finden zur Zeit zwischen den Chefs der britischen und amerikanischen Militärverwaltung in Deutschland und Vertretern der englischen Dominions Besprechungen über die Auswanderungsmöglichkeiten von Deutschen nach Übersee statt. Es ist geplant, die aus der Tschechoslowakei und Polen ausgewiesenen Deutschen vorläufig durchzukommen und ihnen die Erlaubnis zur Auswanderung zu erteilen. In Frage kommen in erster Linie Techniker, Arbeiter der Schlüsselindustrien und Ländarbeiter. Die Auswanderungsquoten werden natürlich beschränkt sein, aber das Londoner Blatt rechnet doch mit einer beträchtlichen Zahl von Auswanderern, da die meisten der Ausgewiesenen und Vertriebenen den Wunsch hätten, Deutschland zu verlassen. (m/B64/228/1/he)

SED-Propaganda aus Mexiko

Seit einiger Zeit erhalten die Stadtverwaltungen der britischen Zone die "Demokratische Post" aus Mexiko zugesandt, die sich selbst als Organ der Deutschen Demokraten in Mexiko und Mittelamerika bezeichnet. Die "Demokratische Post" ist jedoch nichts anderes als eine getarnte SED-Zeitung, die durch erschwundene Begrüßungsartikel von sozialdemokratisch geleiteten Stadtverwaltungen die Leser zu täuschen versucht. (m/B64/228/1/he)

Mordhetze gegen Dr. Schumacher

Die schleswig-holsteinische Zeitung der CDU, die "Kieler Nachrichten", veröffentlicht am 16. August 1947 unter "Briefen an die Zeitung" folgende Zuschrift, die ihr auf einer Kriegsgefangenenkarte aus der Sowjetunion zugegangen ist:

"Deutschlands Einheit als Volk, Deutschlands Einheit als Staat - das ist der Schlüssel zur Lösung unseres deutschen Problems: KPD plus SPD gleich SED ist die Formel, nach der diese Einheit erreicht wird. Saboteure dieser Einheit sind Hoch- und Landesverräter. Stellt sie vor des Volkes Gericht! Schumacher ist nicht anders als Hitler! Er verdient den Strang. Das ist die Ansicht von rund tausend Kriegsgefangener Deutschen in einer Stadt der UdSSR. Johannes Hans Passiek, Lager Nr. 7189-5."

Diese Veröffentlichung in einer deutschen Zeitung der britischen Zone stellt eine unverantwortliche Mordhetze gegen Dr. Schumacher und einen böseartigen Angriff auf die Demokratie dar. Die Veröffentlichung hat den berechtigten Protest der Gewerkschaften und der SPD hervorgerufen. Die Militärregierung in Kiel hat eine Untersuchung gegen den Hauptschriftleiter des CDU-Blattes eingeleitet und in schärfster Form diese Veröffentlichung missbilligt. Die Landesregierung von Schleswig-Holstein hält die Entlassung des verantwortlichen Hauptschriftleiters für erforderlich. Wir meinen, auch die Staatsanwaltschaft müsste sich dieses Falles annehmen. (tao/218/2/he)